

Dieter Rucht, Elias Steinhilper, Piotr Kocyba

Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander

Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt



2 2024
ipb working paper
ISSN2747-5700

ipb

Autoren

ipb working papers | Berlin, August 2024

ISSN (Print) 2699-2019

ISSN (Online) 2747-5700

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb working papers sind Henry Rammelt, Dieter Rucht und Svenja Spyra verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/publikationen/>



Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt von Dieter Rucht, Elias Steinhilper und Piotr Kocyba ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von Elias Steinhilper erstellt. Das Foto zeigt ein Banner der im working paper untersuchten Demonstration im April 2024. Auch die anderen verwendeten Fotos wurden von Dieter Rucht und Elias Steinhilper bei der Demonstration aufgenommen.

Dieter Rucht

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

dieter.rucht@wzb.eu

Elias Steinhilper

Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)

steinhilper@dezim-institut.de

Piotr Kocyba

Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI), Universität Leipzig

piotr.kocyba@uni-leipzig.de

Rucht, Dieter/Steinhilper, Elias/Kocyba, Piotr. 2024. Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt. *ipb working paper series, 2/2024*. Berlin: Institut für Protest- und Bewegungsforschung.

Abstract

Dieses Working Paper liefert eine detaillierte Beschreibung und Analyse einer Protestveranstaltung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, die im April 2024 in der brandenburgischen Kleinstadt Angermünde stattgefunden hat. Die Demonstration war Teil einer bundesweiten Protestwelle in Reaktion auf das „Geheimtreffen“ rechtsextremistischer Personen, bei dem Pläne zur massenhaften Abschiebung unliebsamer Personen aus Deutschland erörtert wurden. Der erste Hauptteil des Textes fußt weitgehend auf der teilnehmenden Beobachtung der Protestveranstaltung hinsichtlich ihres äußeren Rahmens und Ablaufs, der Forderungen und des Verhaltens der Protestierenden sowie der Zusammensetzung der Unterstützer:innen Gruppen. Der zweite Hauptteil beruht auf einer standardisierten Online-Befragung von 96 der insgesamt mehr als 400 Protestierenden. Untersucht werden deren soziodemografisches Profil, die Motive und Bedingungen der Protestteilnahme, die Wahrnehmung von Rechtsextremismus und speziell der AfD sowie generalisierte politische Einstellungen und Verhaltensweisen. Teilweise werden die Ergebnisse dieser Befragung mit denen einer ähnlichen Untersuchung verglichen, die im Januar 2024 im Raum Konstanz durchgeführt wurde. Dabei ergeben sich trotz der unterschiedlichen regionalen Kontexte überraschend ähnliche Befunde.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Die Demonstration in Angermünde	1
Zur Vorgeschichte des untersuchten Protests	2
Der lokale Rahmen	2
Vorbereitung und Ablauf	3
Ergebnisse der Online-Befragung	6
Methodik der Befragung der Demonstrierenden	6
Soziodemografische Merkmale der Protestierenden	7
Politische Verortung und politisches Handeln	9
Bedingungen und Faktoren der Protestbeteiligung	11
Einschätzungen und Aussagen zum Rechtsextremismus und zur AfD	13
Fazit und Ausblick	17
Bibliographie	19

Einleitung

Von Januar bis Juni 2024 erlebte Deutschland eine außergewöhnlich große Protestwelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus.¹ Ihr unmittelbarer Auslöser war ein Bericht des Medienunternehmens Correctiv über ein „Geheimtreffen“ rechtsextremer Personen, darunter auch Mitglieder der AfD, das in der Nähe von Potsdam stattfand. Dabei wurden unter anderem Pläne zur massenhaften Ausweisung ausländischer Personen, aber auch unerwünschter deutscher Staatsangehöriger erörtert. Das Treffen provozierte eine Woge der Entrüstung, die sich vor allem in zahlreichen Kundgebungen in der gesamten Bundesrepublik manifestierte.

Eine erste Analyse des Umfangs und Verlaufs dieser Protestwelle liegt inzwischen vor (Rucht 2024). Auch wurde die Protestwelle in einer stärker politikwissenschaftlichen Perspektive interpretiert (Hensel und Jasser 2024). Zudem wurde von Soziologen der Universität Konstanz Ende Januar 2024 eine erste Befragung von Demonstrierenden im Südwesten Deutschlands (in Konstanz, Singen und Radolfzell) durchgeführt (Bitschnau und Koos 2024).² Diese Umfrage, in der mehrheitlich die Teilnehmer:innen an einer Demonstration in der Universitätsstadt Konstanz repräsentiert sind, liefert wichtige und interessante Einblicke, aber kann nicht als repräsentativ für die Proteste im gesamten Bundesgebiet gelten. Eine Analyse von Protesten in Großstädten oder auch in kleinen, durch ein rechtsextremistisches Milieu geprägten Gemeinden könnte andere Ergebnisse zeitigen.

Vor diesem Hintergrund haben die drei Autoren der vorliegenden Studie eine ähnliche Befragung in Angermünde, einer Kleinstadt im

nördlichen Brandenburg, durchgeführt, um die dabei ermittelten Ergebnisse, soweit möglich, mit denen der Konstanzer Studie zu vergleichen. Auch unsere Befragung kann keine Repräsentativität für die jeweiligen Bundesländer oder gar Gesamtdeutschland beanspruchen, aber doch erhellend, ob eine im Vergleich zu Konstanz kontrastierende Fallauswahl deutlich andere Ergebnisse zeigt. Wir verstehen die Untersuchung in Angermünde zudem als eine Vorstudie für weitere Befragungen des Instituts für Protest und Bewegungsforschung im Sommer 2024.³ Ein Spezifikum unserer Angermünde-Studie besteht darin, dass wir auch auf den lokalen Kontext des untersuchten Protests eingehen und über unsere Eindrücke im Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung berichten.

Im vorliegenden Arbeitspapier wenden wir uns zunächst auf Grundlage unserer teilnehmenden Beobachtung dem Rahmen und Ablauf der Angermünder Demonstration zu. Anschließend präsentieren wir die Methodik und vor allem die Ergebnisse unserer Befragung der Demonstrierenden. Am Schluss steht eine Zusammenfassung der wichtigsten Befunde und ein spekulativer Ausblick auf die weitere Dynamik dieser Art von Protesten.

Die Demonstration in Angermünde

Die von uns betrachtete Demonstration in Angermünde fand am 21. April 2024 statt. In ihrer inhaltlichen Ausrichtung und zeitlichen Lagerung ist sie der am 11. Januar einsetzenden bundesweiten Protestwelle für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zuzuordnen. Diese Welle hatte bereits gegen Ende Januar/Anfang Februar ihren quantitativen Höhepunkt erreicht. Der Anger-

¹ Vom 11. Januar bis zum 8. Juni wurden von der ehrenamtlich tätigen Gruppe DemokraTEAM 2.242 Proteste mit insgesamt rund 4,04 Millionen Teilnehmer:innen aufgelistet (<https://www.demokrateteam.org/report/>). In vielen Fällen, und vor allem bei kleineren Protesten, fehlen allerdings Angaben

zur Zahl der Protestierenden, sodass deren Gesamtzahl noch höher liegen dürfte.

² Wir danken den beiden Autoren dafür, dass sie uns ihre Daten für einen begrenzten Vergleich mit Angermünde zur Verfügung gestellt haben.

³ <https://protestinstitut.eu/projekte/demokratieproteste-2024/>

münder Protest fällt somit in die Abschwungphase dieses Protestzyklus.

Zur Vorgeschichte des untersuchten Protests

Bereits am 18. Februar 2024 hatte in Angermünde eine erste Demonstration im Rahmen der bundesweiten Protestwelle stattgefunden, an der laut der regionalen Märkischen Oder-Zeitung (MOZ) über 600 Menschen zugegen waren.⁴ Nach dem Bericht der MOZ war es eine Veranstaltung für mehr Menschlichkeit und den Erhalt der Demokratie, bei der ausdrücklich auf das „Geheimtreffen“ rechter und rechtsradikaler Personen bei Potsdam hingewiesen wurde. Ein regionales Bündnis aus „47 Vereinen, Parteien, Verbänden, Initiativen, Firmen und Privatpersonen“ hatte zu einer Kundgebung gegen Hass und Hetze auf dem Angermünder Marktplatz aufgerufen. Das Motto lautete: „Gemeinsam gegen Hass und Hetze - für Vielfalt, Toleranz und Miteinander“. Die Demonstrierenden wollten damit „ein klares Zeichen gegen Rechtsextremismus und für eine offene, vielfältige Gesellschaft“ setzen, wie einer der Organisatoren in einer Pressemitteilung im Auftrag der Gruppe „Seebrücke Uckermark“ mitteilte.⁵

Mit dieser Mobilisierung im Februar 2024 stand Angermünde nicht allein in Brandenburg. Am betreffenden Wochenende gab es mindestens fünf weitere Proteste in brandenburgischen Gemeinden. Bereits am 20./21. Januar waren tausende von Menschen, unter anderem in Bernau, Eberswalde, Spremberg und Templin, auf die Straße gegangen. Allein in Cottbus hatten sich unter dem Motto „Zusammen gegen Rechts – wir sind die Brandmauer“ laut Polizeiangaben 3.500

bis 5.000 Menschen versammelt, darunter auch der Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD).⁶ Am nachfolgenden Wochenende beteiligten sich circa 14.000 Menschen an rund 40 Orten in Brandenburg. Die größte Demonstration fand in Frankfurt (Oder) mit rund 4.500 Protestierenden statt.

Die zweite Angermünder Demonstration im April 2024 hatte ein ähnliches Format wie der vorausgegangene Protest in Angermünde. Sie kann als ein Zeichen dafür verstanden werden, dass die Organisator:innen es nicht bei einer einmaligen Meinungsäußerung belassen wollten. Die Beteiligung fiel mit 400 bis 450 Personen geringer aus als bei der Demonstration im Februar. Gemessen an der Bevölkerung von 13.700 Einwohner:innen ist die Mobilisierungsstärke dennoch beachtlich.⁷

Der lokale Rahmen

Hinsichtlich des Wahlverhaltens ist Angermünde im Vergleich zu anderen Orten in Brandenburg⁸ keine Ausnahme, sieht man von der relativen hohen Zustimmung für die SPD ab. Bei den letzten Bundestagswahlen stand in Angermünde die SPD mit 33,3 Prozent der Zweitstimmen an der Spitze, gefolgt von der AfD (20,4 Prozent), der CDU (15,6 Prozent), der Linken (8,5 Prozent) und dem Bündnis 90/Die Grünen (6,1 Prozent). Sonstige Parteien erzielten 8,6 Prozent.

In der 2019 gewählten Stadtverordnetenversammlung in Angermünde kam die SPD auf sechs Sitze (26 Prozent). Jeweils drei Sitze errangen die CDU (15,9 Prozent), die Linke (15,3 Prozent) und die Ländliche Bürgergemeinschaft Angermünde (14,5 Prozent). Zwei Sitze nahm Bündnis 90/Die Grünen ein, je einen Sitz die Wählergruppe Angermünde Mitte, die FDP und eine Einzel-

⁴ <https://www.moz.de/lokales/angermuende/demo-in-angermuende-protest-gegen-hass--600-teilnehmer-aus-dem-gesamten-bundesgebiet-73081765.html>

⁵ <https://www.nordkurier.de/regional/uckermark/buendnis-sieht-sich-als-teil-einer-bewegung-gegen-extrem-rechtes-denken-2262985>

⁶ [https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-tausende-protestieren-in-brandenburg-gegen-](https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-tausende-protestieren-in-brandenburg-gegen-rechts-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240121-99-695346)

[rechts-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240121-99-695346](https://www.sueddeutsche.de/politik/demonstrationen-tausende-protestieren-in-brandenburg-gegen-rechts-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240121-99-695346)

⁷ Zum Vergleich: Dies würde in Berlin einer Teilnehmeranzahl von über 100.000 Menschen entsprechen.

⁸ Bei den letzten Landtagswahlen in Brandenburg im September 2019 ergaben sich in diesem Bundesland folgende Resultate: SPD 26,2 Prozent; AfD 23,5 Prozent, CDU 15,6 Prozent, Grüne 10,8 Prozent und Linke 10,7 Prozent.

bewerberin. Die AfD hatte für die Wahl zu Stadtverordnetenversammlung 2019 keine Liste vorgeschlagen und war deshalb dort nicht vertreten. Ein Nährboden für die AfD war allerdings auch in Angermünde vorhanden, was sich nicht zuletzt in den Kommunalwahlen im Juni 2024 zeigte (siehe Abschnitt „Fazit und Ausblick“).

Die Stadtgesellschaft Angermünde ist seit den 1990er Jahren von Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus geprägt. Insbesondere während der sogenannten „Baseballschlägerjahre“ kam es auch in Angermünde zu Anfeindungen und Angriffen von Neonazis auf Migrant:innen und Linke.⁹ Seit 2014 versucht die rechtsextreme Kleinstpartei „III. Weg“ in Angermünde Fuß zu fassen und tritt regelmäßig mit Infoständen, Wurfsendungen und Aufklebern in Erscheinung.¹⁰ Auf der Gegenseite steht eine lange gewachsene demokratische Zivilgesellschaft, die sich insbesondere um das breite „Bürgerbündnis für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt Angermünde“ formiert, das Ende der 1990er Jahre in Reaktion auf die rechtsextreme Gewalt gegründet wurde. Darüber hinaus sind zahlreiche weitere Organisationen für eine demokratische Zivilgesellschaft in Angermünde engagiert.

Dieses Engagement spiegelt sich im Aufruf zum Protest wider. Die von uns näher betrachtete zweite Demonstration in Angermünde am 21. April 2024 war von einem breiten Bündnis von Organisationen und Privatpersonen getragen, darunter lokale Unternehmen, Schulen, Kirchengemeinden, Sportclubs und politische Parteien. Reaktionen von rechtsextremer Seite sind nicht ausgeblieben: Kurz vor der Demonstration hatten die Organisatoren öffentlich gemacht, dass ihre Plakate mit rechtsextremen Schmierereien versehen worden waren. Darüber hatte auch die Märkische Oder-Zeitung berichtet.¹¹

Vorbereitung und Ablauf

Schon in den Tagen vor der Kundgebung ist die Veranstaltung im Stadtbild sichtbar. An zahlreichen Laternenpfählen sind bunte Plakate mit dem Aufruf zur Kundgebung am Marktplatz in Angermünde angebracht. Das Motto auf den Plakaten lautet: „Gegen Hass und Hetze. Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander“.

Vor dem Rathaus ist eine kleine Bühne aufgebaut, an der ein Banner in Regenbogenfarben mit der Aufschrift „Angermünde“ angebracht ist. Auch die Stadtverwaltung hat vorab Position bezogen. Am Rathaus unmittelbar hinter der Bühne sind zwei Plakate mit „Angermünde zeigt Haltung“ und „Brandenburg zeigt Haltung, für Demokratie und Zusammenhalt“ befestigt worden. Den Rand des Markplatzes säumen einige Stände von Organisationen, die zu den Themen Migration, Demokratie und Antifaschismus arbeiten, darunter die Seebrücke, die Seenotrettungsorganisation SOS Humanity, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) und die Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“. Auch die an sich nicht politisch ausgerichtete Johanniter Unfallhilfe ist präsent. Zudem wurde ein Stand mit Aktivitätsangeboten für Kinder aufgebaut. Die Polizei ist mit drei Fahrzeugen vor Ort und beobachtet vom Rand des Markplatzes aus das Geschehen.

Erst kurz vor 14 Uhr füllt sich der Marktplatz mit Protestierenden aller Altersgruppen; auch zahlreiche Familien sind dabei. Von der Bühne begrüßt die Anwesenden gegen 14:10 Uhr eine junge Frau, die nach eigener Aussage vorher noch nie auf einer Demonstration gesprochen hat. Angesichts der jüngsten Entwicklungen sei sie nun aus Sorge um die Demokratie aktiv geworden. Kurze Zeit später setzt sich der bunte Demonstrationzug hinter einem Banner mit der Aufschrift „Schöner leben ohne Nazis“ in Bewegung.

⁹ <https://gegenuns.de/uckermark/>

¹⁰ <https://www.moz.de/lokales/schwedt/demo-in-angermuende-uebergriffe-und-anfeindungen-gegen-buergerbuendnis-73570029.html>

¹¹ <https://www.moz.de/lokales/schwedt/demo-in-angermuende-uebergriffe-und-anfeindungen-gegen-buergerbuendnis-73570029.html>



Protestierende halten Schilder hoch mit Slogans wie „Bunt statt braun“, „Rassismus ist keine Alternative“, „Angermünde bleibt bunt“ „Wenn die AfD die Antwort ist, wie dumm war dann die Frage?“, „Wer 2024 noch AfD wählt, macht sich schuldig“ oder „Man verhindert die AfD nicht, indem man ihre Politik macht“. Zudem sind Plakate von identifizierbaren Organisationen zu sehen, darunter die „Omas gegen Rechts“, „Seebrücke“, „VFN/BdA“ sowie vereinzelt Fahnen von Parteien, insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen. Aus den Lautsprechern schallt ein Mix von diversen Songs politisch engagierter Künstler:innen (von Neil Young über Wir sind Helden bis Danger Dan).



Es ist ein bewölkter Tag, windig und eher kühl. Just als sich die Demonstration in Bewegung setzt, reißen die Wolken auf und die Sonne scheint. Der etwa 40 Minuten dauernde Zug durch die Innenstadt wird von zwei je etwa zehn Minuten währenden Stopps unterbrochen, bei

denen ein Gewerkschaftsvertreter sowie eine Vertreterin der „Omas gegen Rechts“ aus Berlin zu Wort kommen. Bei einem Halt des Zuges wird eine umgedichtete Version des Kanons „Hejo, spann den Wagen an“ angestimmt.¹² Am Ende kommt der Demonstrationzug wieder am Marktplatz an. Dort hält eine seit sechs Jahren in Deutschland wohnende Iranerin eine Rede. Dem Bühnenauftritt einer weiteren jungen Frau folgt die Darbietung eines Sängers mit Gitarre. Am Ende, gegen 15:40, werden die Protestierenden mit Dank von einer Vertreterin des Organisationsbündnisses verabschiedet.

Insgesamt ist die Stimmung während der gesamten Veranstaltung sehr gelöst. Sprechchöre sind selten. Es gibt keinerlei Anzeichen von Spannung oder gar Aggression. Die Route führt nicht unmittelbar am Büro der AfD in der Innenstadt vorbei, doch ist die Partei ein Hauptthema der Redebeiträge. Auch die mit mehreren Beamten präsenzierte Polizei wirkt gelassen – ein Eindruck, den auch der von uns angesprochene Einsatzleiter bestätigt. Die Organisator:innen der Veranstaltung haben insgesamt fünf oder sechs Ordner:innen abgestellt und mit Armbinden als solche kenntlich gemacht. Ein konkretes Eingreifen der Ordner:innen ist jedoch nicht erforderlich. Es kommt zu keiner Gegendemonstration, und sei es auch nur von Seiten einer Kleingruppe. Beim Zug durch die Innenstadt zeigen sich allerdings vereinzelt skeptisch wirkende Beobachter:innen, die aber stumm bleiben.

Unterstützer:innengruppen: Der Kreis der Unterstützer:innen erschließt sich zum einen durch zwei optisch ähnliche Plakate mit der Überschrift „Bürgerbündnis für eine gewaltfreie, tolerante und weltoffene Stadt Angermünde“. Dort werden insgesamt 73 Gruppen, Organisationen und Firmen aufgelistet. Den optischen Hintergrund beider Listen bilden die Regenbogenfarben. Zu den unterstützenden Gruppen und Organisationen zählen:

¹² Der Text lautet: „Wehrt Euch, leistet Widerstand/gegen den Faschismus hier im Land/Auf die Barrikaden/auf die Barrikaden.“

- Örtliche Parteien und parteizugehörige Gruppen (SPD, Jusos Uckermark, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, Die Partei Schwedt)
- Kommunale Funktionsträger:innen (Integrationsbeauftragte Angermünde)
- Gewerkschaften (DGB Ostbrandenburg)
- Kirchengruppen (Martinsgemeinde Angermünde)
- Schüler:innen- und Jugendgruppen
- Sport- und Kulturvereine, Künstler:innenkreise, Tourismusverein Angermünde etc.
- Naturschutzgruppen (NABU, Naturerlebniszentrum Blumberger Mühle, ADFC Uckermark)
- Zivilgesellschaftliche politische Gruppen (z.B. Omas gegen Rechts Wandlitz, Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt in Schwedt, VVN/BdA-Uckermark/Barnim)
- Restaurants, Ladengeschäfte, Firmen, und Arztpraxen
- Als einzige Einzelperson findet sich auf der Liste Stefan Zierke (MdB, SPD).

Ergänzend zu den Listen auf beiden Plakaten geben auch von Demonstrierenden befestigte oder getragene Fahnen und Logos Auskunft über die vor Ort präsenten Gruppen und Organisationen. Darunter sind neben einigen Gruppen des oben genannten „Bürgerbündnisses“ auch die „Landwirte gegen Rassismus“ sowie die Antifaschistische Aktion.

Diese Aufzählungen verdeutlichen, wie breit und heterogen der Kreis nomineller und teilweise auch vor Ort präserter Unterstützer:innengruppen ist. Die schiere Zahl von über 70 unterstützenden Gruppen bei 400 bis 450 Demonstrierenden¹³ lässt darauf schließen, dass manche nominelle Unterstützung lediglich auf einem vorab gegebenen mündlichen oder schriftlichen Einverständnis beruht, jedoch kaum in einer

erkennbaren Präsenz einer nennenswerten Zahl der jeweiligen Gruppen- und Verbandsmitglieder zum Ausdruck kommt.

Plakate, Slogans und Symbole: Anders als bei Massendemonstrationen, bei denen einzelne Organisationen oft vorgefertigte und einheitlich gestaltete Schilder und Aufkleber an die Demonstrierenden verteilen, sind die Schilder des Angermünder Protests zumeist individueller gestaltet. Erkennbar werden dabei auch Slogans übernommen, die an anderen Protestorten bereits zu sehen oder zu hören waren, z.B. „Kein Platz für Hass und Hetze“.

Zahlreiche Banner und Plakate, die an Ständen, Bäumen oder Laternenpfählen befestigt sind, aber auch von Demonstrierenden mitgeführt und hochgehalten werden, dokumentieren die diversen Anliegen, Forderungen und Gefühlslagen der Demonstrierenden. Zu sehen ist ein bunter Strauß von Botschaften, Mahnungen und Bekenntnissen, so zum Beispiel: „Love is Love“ (vor einem Regenbogenhintergrund); „Angermünde bleibt bunt“; „Die Würde des Menschen ist unantastbar“; „Bunte Vielfalt statt braune Soße“; „Kein Platz für Rassismus“; „Bunt statt Grauland“; „Leben retten ist Pflicht“; „Solidarität statt Ausgrenzung“; „Man verhindert die AfD nicht, indem man ihre Politik macht“; „Wehrt Euch gegen Hass und Hetze in diesem Land“; „Kommt mit auf die Straße“; „Björn Höcke ist ein Nazi“; „III. Weg, 3. Reich, Nazischeiß ist immer gleich“; „Rassismus ist keine Alternative“; „Ich bin sauer, ich hab’ sogar ein Schild gemalt“; „Antifa macht Kinder froh, und Erwachsene ebenso“.

Ein etwa fünf Meter breites Fronttransparent, das bei dem Marsch durch die Innenstadt getragen wird, trägt die Aufschrift „Schöner leben ohne Nazis“ vor dem Hintergrund einer stilisierten idyllischen Landschaft mit großer Sonne.

Die Redner:innen, die auf der Bühne oder den kurzen Zwischenaufenthalten während des Protestmarsches zu Wort kommen, schlagen bei aller Kritik an Rechtsextremist:innen keine konfront-

¹³ Diese Zahl beruht auf zwei unabhängig voneinander vorgenommenen Zählungen bzw. Schätzungen von zwei Mitgliedern unseres Untersuchungsteams

während der ersten stationären Kundgebung und während des Zuges durch die Innenstadt.

ativen oder beleidigenden Töne an. Der Begriff „Antifa“ kommt allenfalls am Rande vor. Aussagen oder gar Sprechchöre wie „Ganz Berlin (wahlweise auch ein anderer Ortsname) hasst die AfD“ sind nicht zu hören.

Ergebnisse der Online-Befragung

Im Folgenden präsentieren wir unsere Ergebnisse der Online-Befragung von Demonstrierenden in Angermünde und vergleichen diese teilweise mit den Befunden zu den Protestierenden im Konstanzer Raum. Wir halten die Darstellung bewusst ausführlich, um einen detaillierten und umfassenden Blick auf die Hintergründe und Einstellungen zu ermöglichen. Damit reagieren wir auch auf die Erfahrung mit zurückliegenden Befragungen von Protestierenden, die durch das Institut für Protest- und Bewegungsforschung durchgeführt wurden. Die dort bestehenden Analysemöglichkeiten, welche die umfangreichen Fragenkataloge ermöglicht hätten, wurden zumeist nur sehr eingeschränkt und selektiv genutzt, oft geleitet von Annahmen über das tagesaktuelle mediale Interesse.

Methodik der Befragung der Demonstrierenden

Der von uns durchgeführten Befragung liegt eine vielfach bewährte und weitgehend standardisierte Vorgehensweise zugrunde (van Stekelenburg et al. 2012; Andretta und della Porta 2014; Teune und Ullrich 2015). Insgesamt haben zehn Personen bei der Datenerhebung vor Ort mitgewirkt.¹⁴ Der für Angermünde verwendete Fragenkatalog verbindet Bestandteile eines Erhebungsinstruments, das im Kontext des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung ausgearbeitet wurde, mit dem vom Konstanzer Team speziell

für die Demonstrationen gegen Rechtsextremismus entwickelten Fragebogen.¹⁵ Das in Angermünde verwendete Instrument enthält insgesamt 52 Fragen, deren Beantwortung gut 20 Minuten beansprucht.

Der Fragebogen wurde nicht vor Ort gemeinsam mit den Befragenden, sondern von den Respondent:innen alleine – in der Regel im Nachgang der Demonstration – im Online-Verfahren ausgefüllt. Impulsgeber dafür waren die während der Veranstaltung ausgeteilten Handzettel, auf denen zum Ausfüllen des Fragebogens aufgefordert wird. Der Zugang zum Fragebogen wurde durch einen jeweils nur einmal verwendbaren Code kontrolliert. Damit wurde ausgeschlossen, dass der über den Handzettel geleitete Zugang zum Fragebogen mehrfach, womöglich auch von Mitgliedern einer größeren Gruppe, genutzt werden konnte. Aufgrund der überschaubaren Zahl von 400 bis 450 Teilnehmer:innen haben wir auf eine Ansprache nach einem Zufallsprinzip verzichtet, sondern versucht, möglichst allen Anwesenden einen Handzettel (mit kurzen mündlichen Erläuterungen im Falle von Nachfragen zur Finanzierung der Studie, den Ergebnissen, der Sicherung der Anonymität usw.) zu überreichen. Insgesamt wurden 304 dieser Zettel verteilt und fast ausnahmslos mit freundlichen Reaktionen angenommen. Vielfach kam es durch unser Team zu wiederholten Ansprachen derselben Personen, so dass wir davon ausgehen, dass wir auf diesem Wege gut drei Viertel der Anwesenden kontaktieren konnten. In 96 Fällen wurde der Fragebogen vollständig oder fast vollständig online ausgefüllt, was einer Rücklaufquote von rund 32 Prozent (bezogen auf die Zahl der verteilten Handzettel) entspricht. Damit wurde der Fragebogen von etwa 22 Prozent der anwesenden Demonstrierenden ausgefüllt, was einen weit überdurchschnittlichen Wert im Vergleich zu fast allen anderen Befragungen von Protestierenden in

¹⁴ Neben zwei Autoren des vorliegenden Beitrags (Rucht und Steinhilper) waren dies Prof. Sabrina Zajak sowie die Studierenden Sophie Uphoff Blay, Franziska Fröhlich, Ilse Kuschel, Majbritt Ohnesorg, Hermann Siebel, Luzie Siegel und Ijeoma Wuttke. Ihnen sei an dieser Stelle für ihre Mitarbeit gedankt.

¹⁵ An der Erstellung des integrierten Fragebogens beteiligt waren Marco Bitschnau, Priska Daphi, Sebastian Haunss, Piotr Kocyba, Sebastian Koos, Dieter Rucht, Elias Steinhilper und Simon Teune.

Deutschland darstellt.¹⁶

Zusätzlich zu der online-Befragung haben wir vor Ort auf Basis einer Zufallsauswahl 51 Kurzinterviews anhand weniger und überwiegend soziodemografisch ausgerichteter Fragen durchgeführt, um zu klären, ob die Merkmale der Teilnehmer:innen an der Online-Befragung von denen der vor Ort präsenten Personen abweichen. Üblicherweise wird angenommen, dass politisch engagiertere, ältere und höher gebildete Personen wahrscheinlicher einen Fragebogen im Nachgang eines Protestes ausfüllen (Walgrave und Verhulst 2011; Walgrave et al. 2016). Zudem kann im Falle der Befragung mittels eines Flyers, der über einen Link bzw. QR-Code zu einer Online-Umfrage führt, davon ausgegangen werden, dass junge und zugleich besonders netzaffine Personen sich im Vergleich mit älteren Kohorten überdurchschnittlich beteiligen.

Unser Vergleich beider Samples ergibt weitgehende Übereinstimmungen hinsichtlich des Geschlechts und des Bildungsniveaus der Befragten, aber Abweichungen mit Blick auf die Alterskohorten¹⁷ und die frühere Protestbeteiligung.¹⁸ Diese teils inkonsistenten Befunde sind vermutlich ein Ausdruck der kleinen Fallzahlen von 96 online bzw. 51 offline Antwortenden. Insbesondere bei Fragen mit mehr als zwei oder drei Antwortkategorien sind prozentuale Abweichungen kaum interpretierbar, da sie auf zu kleinen Fallzahlen beruhen.

Im Folgenden wenden wir uns den vier zentralen Themenbereichen unserer Online-Befragung zu. Dies sind (1) die soziodemografischen Merkmale der Teilnehmer:innen, (2) die allgemeinen

politischen Orientierungen einschließlich des zurückliegenden Wahlverhaltens der Protestierenden und ihres bisherigen Protestengagements, (3) die Bedingungen und Faktoren der Protestbeteiligung sowie (4) die Beurteilung des Rechtsextremismus (inklusive der AfD) und zu seiner Bekämpfung vorgeschlagener Maßnahmen.

Soziodemografische Merkmale der Protestierenden

Protestierende weisen in aller Regel ein anderes soziodemografisches Profil auf als die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit (Sommer et al. 2021). Das trifft auch auf die Protestierenden in Angermünde zu.

Geschlecht: Frauen waren mit 55 Prozent deutlich stärker als Männer (44 Prozent) vertreten. Lediglich eine Person klassifizierte sich als „divers“. Die Geschlechterverteilung ähnelt somit der in der Konstanzer Befragung ermittelten Relation von 54 Prozent Frauen und 46 Prozent Männer. In beiden Befragungen bestätigt sich der schon in den letzten Jahrzehnten feststellbare Trend einer wachsenden Frauenquote unter Protestierenden für progressive Anliegen – dies im Gegensatz zu rechtsextremen Protesten.¹⁹

Alter: Die Altersverteilung bei der Veranstaltung in Angermünde zeigt ein Übergewicht der Generationen ab 40 Jahren mit einem Anteil von 70 Prozent aller Protestierenden – wobei das Durchschnittsalter 50 Jahre beträgt. Zum Zweck des Vergleichs mit der Befragung im Konstanzer Raum haben wir die dort vorgenommene Kategorisierung übernommen (siehe Abbildung 1).

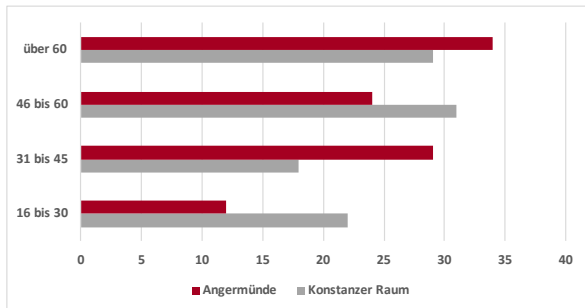
¹⁶ Hohe Rücklaufquoten in Relation zur Zahl der Demonstrierenden sind mit vertretbarem Aufwand nur bei relativ kleinen Protesten zu erzielen. Zu einer vergleichenden Übersicht siehe Daphi et al. 2015: 8.

¹⁷ Das Durchschnittsalter in der Online-Befragung betrug 50 Jahre; vor Ort lag es bei 45 Jahren. Die Kohorte der 31- bis 45-Jährigen hat den Fragebogen seltener online ausgefüllt als die gleiche vor Ort präsente Altersgruppe (29 Prozent vs. 37 Prozent). Überraschend ist auch, dass die über 60-Jährigen häufiger als die entsprechende Altersgruppe vor Ort bereit waren, die Fragen online zu beantworten (34 Prozent vs. 22 Prozent).

¹⁸ Von den online Antwortenden haben 46 Prozent selten (1 bis 5 Mal) an Protesten teilgenommen (offline: 27 Prozent). Bei denen, die häufig (mehr als 20 Mal) demonstriert hatten, lagen die entsprechenden Anteile bei 27 Prozent (online) und 43 Prozent (offline).

¹⁹ Im Falle einer Demonstration von Pegida am 12. Januar 2015 betrug die Relation der Protestierenden 76 Prozent Männer zu 23 Prozent Frauen bei denen, die an der Befragung teilgenommen haben (Daphi et al. 2015).

Abbildung 1: Altersverteilung der Protestierenden im Konstanzer Raum und in Angermünde (in Prozent).

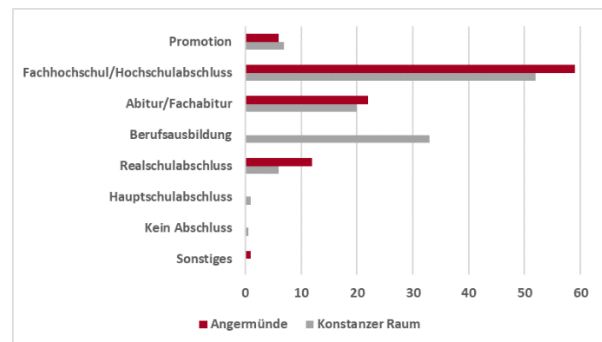


Die Auswertung beruht auf der Frage: In welchem Jahr sind Sie geboren?

Bei der Altersverteilung der Demonstrierenden in Angermünde zeigten sich Unterschiede zwischen den Geschlechtern. In der Gruppe bis zum 39. Lebensjahr waren Männer mit lediglich 21 Prozent, Frauen dagegen mit 36 Prozent deutlich stärker vertreten. Junge und eher gut gebildete Frauen waren somit überrepräsentiert.

Bildung: Die Ergebnisse zur Frage nach dem bislang höchsten Bildungsabschluss werden in Abbildung 2 dargestellt. Auffallend ist der weit überdurchschnittliche Bildungsgrad der Demonstrierenden in Angermünde, der – die Kategorien Hochschul- oder Fachhochschule sowie Doktorgrad zusammengefasst – 65 Prozent beträgt (Konstanzer Raum 59 Prozent). Personen mit Abitur oder Fachabitur sind im Angermünde mit 22 Prozent (Konstanzer Raum 20 Prozent) und solche mit Doktorgrad in Angermünde mit 6 Prozent (Konstanzer Raum 7 Prozent) vertreten. Im Großen und Ganzen sind die Differenzen zwischen Angermünde und dem Konstanzer Raum gering. Dieser Befund hat uns überrascht, hatten wir doch aufgrund der Existenz einer Universität in Konstanz ein noch höheres formales Bildungsniveau im Vergleich zu Angermünde erwartet.

Abbildung 2: Höchster Bildungsabschluss der Demonstrierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum (in Prozent).²⁰



Frage: Was ist Ihr bislang höchster Bildungsabschluss?

Schichtzugehörigkeit: Die Selbsteinstufung im Hinblick auf die Schichtzugehörigkeit ergab in Angermünde die höchste Quote für die mittlere Mittelschicht mit 38 Prozent. Werden die drei Unterkategorien der Mittelschicht zusammengefasst, so beträgt ihr Anteil 80 Prozent.²¹ Die Unterschicht ist gemäß der Selbsteinstufung unter den Protestierenden in Angermünde mit 6 Prozent, im Konstanzer Raum mit lediglich 1 Prozent vertreten. Die Oberschicht ist in beiden Fällen so gut wie abwesend. Insgesamt verorteten sich die Befragten in Angermünde etwas häufiger in den unteren Kategorien. Dieser Befund hängt möglicherweise mit dem kleinstädtischen Charakter Angermündes zusammen (im Gegensatz zu Konstanz als einer der drei in diesem Raum berücksichtigten Kommunen). Vor allem aber dürfte er dem Umstand geschuldet sein, dass wir es hier mit einer Kommune in Ostdeutschland zu tun haben.

Wohnort: Die Befragten haben die Postleitzahl ihres Wohnortes angegeben. Daraus geht hervor, dass die Demonstration in erster Linie die lokale Einwohnerschaft angezogen hat. Die Mehrheit (54 Prozent) stammt direkt aus Angermünde, weitere 38 Prozent aus der unmittelbaren

²⁰ Die Ausprägung „Berufsausbildung“ wurde in Angermünde nicht abgefragt, die Ausprägung „Sonstiges“ nicht im Konstanzer Raum. Somit sind die Ergebnisse zu den Bildungsabschlüssen nur bedingt vergleichbar.

²¹ Ein ähnlicher Anteil (81 Prozent) ergibt sich bei der einkommensabhängigen Schichtzuordnung der

Gesamtbevölkerung für das Jahr 2018. Nach diesem Kriterium zählen 3 Prozent zur Oberschicht („Einkommensreiche“) und 16 Prozent zur Unterschicht („Einkommensarme“). Siehe <https://www.iwd.de/artikel/die-mittelschicht-in-deutschland-ist-robust-546420/>

Umgebung. Nur ein kleiner Teil (7 Prozent) ist aus größerer Entfernung angereist, darunter aus Berlin und Rostock.

Migrationsgeschichte: Die Demonstration in Angermünde hat überwiegend Menschen ohne Migrationsgeschichte mobilisiert. Nur etwas über 3 Prozent besaßen eine ausländische Staatsbürgerschaft; gut 9 Prozent gaben an, dass mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist, darunter Kuba, Türkei und die Ukraine. Während die Präsenz nichtdeutscher Staatsbürger:innen auch bei den Protesten im Konstanzer Raum sehr gering ausfiel (4 Prozent), war dort der Anteil der Befragten mit mindestens einem Elternteil, der im Ausland geboren wurde, mit 19 Prozent deutlich höher.

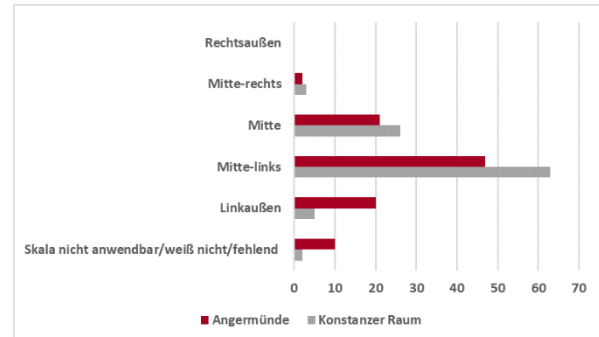
Politische Verortung und politisches Handeln

Medial wurde die Protestwelle gegen Rechtsextremismus und für Demokratie vielfach als Mobilisierung „der Mitte“²² charakterisiert, womit neben der sozialen insbesondere auch auf die politische Verortung der Demonstrierenden rekurriert wurde. Unsere Daten erlauben, dazu Aussagen für Angermünde zu treffen.

Politische Selbstverortung: Die Befragten wurden gebeten, sich auf einer 11-Punkte Links/Rechts-Skala zu verorten, die wir aus Gründen der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit in fünf Kategorien von linksaußen bis rechtsaußen übertragen.²³ Dabei zeigt sich eine klare Tendenz. Die meisten Befragten verorteten sich mitte-links (47 Prozent), gefolgt von der Mitte (21 Prozent). Ein Fünftel positionierte sich linksaußen. Im Vergleich mit dem Konstanzer Raum (linksaußen 5 Prozent) zeigte sich somit in Angermünde eine stärkere linke Orientierung. Dabei war der Anteil der Männer, die sich eindeutig im linken

Spektrum verorten, höher als der der Frauen.

Abbildung 3: Politische Selbstverortung der Demonstrierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum (in Prozent).



Frage Angermünde: In der Politik spricht man häufig von „links“ und „rechts“. In der folgenden Skala steht „0“ für jemanden, der ganz links steht und „10“ für jemanden, der ganz rechts steht. Wo würden Sie sich auf dieser Skala einordnen? Im Konstanzer Raum lautete der zweite Teil der Frage: „Wo würden Sie sich hier selbst auf einer Skala von 1 (Linksaußen) bis 5 (Rechtsaußen) politisch verorten?“

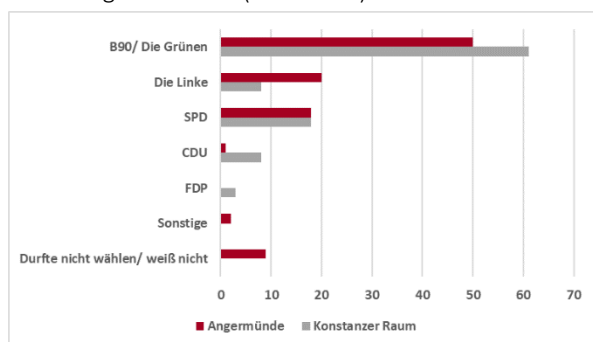
Bundestagswahl 2021: Die dominante Mitte-links-Orientierung findet auch eine Entsprechung beim Wahlverhalten in der letzten Bundestagswahl. Am weitesten häufigsten wurde Bündnis 90/Die Grünen gewählt (51 Prozent), gefolgt von Die Linke (20 Prozent) und SPD (19 Prozent). Die CDU wurde nur in einem Fall genannt, die FDP gar nicht. Im Vergleich mit den Daten aus dem Konstanzer Raum zeigt sich in Angermünde somit eine deutlich stärkere Unterstützung der Linkspartei. Die Kategorien „Sonstige“ und „dürfte nicht wählen“ in Abbildung 4 sind nicht aussagekräftig, da sich die Antwortoptionen in beiden Befragungen unterscheiden.

Daten aus dem Konstanzer Raum wurde im Fall von Angermünde wie folgt rekodiert: 0 und 1 = linksaußen, 2 und 3 = mitte-links, 4, 5 und 6 = Mitte, 7 und 8 = mitte-rechts, 9 und 10 = rechtsaußen.

²² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-01/proteste-afd-demokratische-mitte>

²³ In Angermünde kam eine 11 Punkte-Skala zur Anwendung. Zudem bestand die Möglichkeit „auf mich ist diese Skala nicht anwendbar“ (2 Prozent) und „weiß nicht“ (7 Prozent) zu wählen, die in Konstanz fehlte. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit den

Abbildung 4: Wahlentscheidung der Demonstrierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum bei der Bundestagswahl 2021 (in Prozent).



Frage: Welche Partei haben Sie bei der letzten Bundestagswahl gewählt?

Die Kreuzung der Merkmale Geschlecht und Wahlentscheidung bei der letzten Bundestagswahl ergibt, dass von den Männern 27 Prozent und von den Frauen 15 Prozent Die Linke gewählt hatten. Mit Blick auf Bündnis 90/Die Grünen und die SPD war die Differenz zwischen Männern und Frauen dagegen unbedeutend.

Die Bevorzugung von Bündnis90/Die Grünen (43 Prozent) und Die Linke (17 Prozent) zeigt sich ebenso bei der Sonntagsfrage. Auch hier würde lediglich eine Person für die CDU und eine weitere für die Tierschutzpartei votieren. Die SPD würde von 13 Prozent gewählt. Viele Befragte sind allerdings noch unentschieden (22 Prozent).

Politisches Interesse: Nicht überraschend ist der Befund, dass auf einer Fünfer-Skala niemand angab, sich „überhaupt nicht“ oder „wenig“ für Politik zu interessieren. Dagegen entfielen 32 Prozent auf die Kategorie „teilweise“, 36 Prozent auf „ziemlich“ und 33 Prozent auf „sehr“.

Zustimmung zur Demokratie: Repräsentative Bevölkerungsumfragen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Idee der Demokratie eine hohe Zustimmung mit Werten von mehr als 80 Prozent findet, jedoch das konkrete Funktionieren der

Demokratie in Deutschland kritisch eingeschätzt wird.²⁴ Dieses Muster spiegelt sich auch in unserer Befragung. Von den Protestierenden waren gut 88 Prozent mit der demokratischen Idee „sehr“ bzw. „ziemlich“ und nur 2 Prozent „überhaupt nicht“ zufrieden. Dagegen war nur eine knappe Mehrheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden (46 Prozent „ziemlich“ und 7 Prozent „sehr“). Absolut betrachtet wurde am häufigsten die Mittelkategorie „teilweise“ gewählt (40 Prozent). Unzufriedenheit drückte hingegen nur ein kleiner Teil der Befragten aus („wenig“ zufrieden waren gut 6 Prozent, „überhaupt nicht“ zufrieden war niemand). Im Gesamtbild kann man somit von einer Demonstration solcher Personen sprechen, die die Idee von Demokratie gutheißen, aber zu einem erheblichen Anteil das tatsächliche Funktionieren der Demokratie in Deutschland ambivalent oder kritisch betrachten.

Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen: Die in Teilen skeptische Sicht auf das konkrete Funktionieren der Demokratie spiegelt sich auch im Ausmaß des Vertrauens in eine Reihe von staatlichen Institutionen und die Medien. Positiv sticht insbesondere das Bundesverfassungsgericht heraus, dem drei Viertel der Befragten „viel“ oder „sehr viel“ Vertrauen aussprechen. Das geringste Vertrauen wurde dem Bundesamt für Verfassungsschutz (31 Prozent) sowie, weit abgeschlagen, den Sozialen Medien (1 Prozent) zugesprochen. Aber auch die Exekutive, sowohl auf der Bundesebene als auch auf der lokalen Ebene („Regierung und Verwaltung Ihrer Stadt“), genießt kein hohes Vertrauen (jeweils 38 Prozent).

Zusätzlich zu Fragen nach dem politischen Vertrauen haben wir den Grad der Zustimmung oder Ablehnung zu einer Reihe von allgemeinen politischen Aussagen erhoben. Mäßig war die Zustimmung zu der Aussage, man könne mit seinem eigenen Engagement die Politik in Deutschland

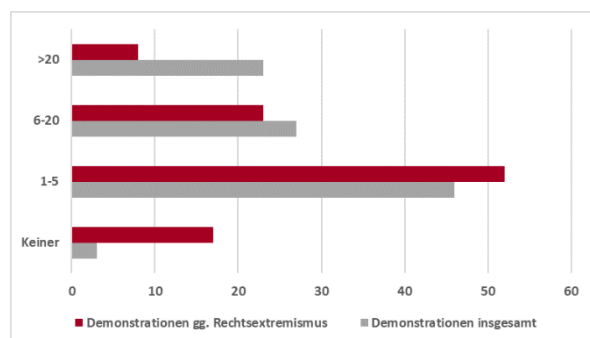
²⁴ Einer Umfrage von Statista zufolge waren im Herbst 2023 rund 8 Prozent der Gesamtbevölkerung sehr und 54 Prozent ziemlich zufrieden „mit der Art und Weise, wie in Deutschland die Demokratie funktioniert“. Nicht sehr zufrieden waren 28 Prozent und

überhaupt nicht zufrieden 8 Prozent. Weitere 2 Prozent wählten die Option „weiß nicht“. Siehe <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153854/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-deutschland/>

beeinflussen (39 Prozent). Deutlich zuversichtlicher wurde die Bedeutung kollektiven Handelns bewertet. So gaben 63 Prozent der Befragten an, die Bürger:innen könnten durch ihren Zusammenschluss „eine Menge Einfluss auf politische Entscheidungen in Deutschland nehmen“. Die höchsten Zustimmungswerte erzielte die Aussage, man habe durch den Protest das Gefühl, Teil einer größeren Bewegung zu sein (73 Prozent).

Demonstrationserfahrung: Insgesamt zeigen sich die in Angermünde Demonstrierenden als protestenerfahren. Lediglich rund 3 Prozent haben noch nie an einer Demonstration teilgenommen, zusammen rund 50 Prozent hingegen an einigen (6 bis 20) oder vielen (mehr als 20) Demonstrationen.²⁵

Abbildung 5: Frühere Beteiligung an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und an Protesten insgesamt (in Prozent; Befragte in Angermünde).



Fragen: a) An wie vielen Demonstrationen haben Sie insgesamt bereits teilgenommen (die heutige nicht miteingeschlossen)? b) Haben Sie zuvor bereits an einer anderen Demonstration gegen Rechtsextremismus teilgenommen?

Bei der Frage nach einer früheren Protestbeteiligung speziell gegen Rechtsextremismus vervielfacht sich die Quote derjenigen, die noch nie an einem solchen Protest teilgenommen haben (16,7 Prozent in Angermünde gegenüber 66 Prozent im Konstanzer Raum). In Angermünde waren Männer häufiger als Frauen an zurückliegenden Demonstrationen beteiligt.²⁶

Bedingungen und Faktoren der Protestbeteiligung

Die Entscheidung, an einem Protest teilzunehmen, hängt von einer Reihe von Faktoren ab. Dies sind insbesondere die individuelle Motivlage, die Einflüsse der sozialen Umgebung, aber auch ganz konkrete Umstände wie der Aufwand für die Beteiligung oder die Wetterlage. Wir haben einige dieser Faktoren im Fragebogen berücksichtigt.

Motivation zum Protest: Gehaltvolle Hinweise zur individuellen Motivation lieferte die ganz am Beginn des Fragebogens platzierte Aufforderung „Bitte erläutern Sie kurz, warum Sie an dieser Demonstration teilgenommen hatten.“ Die Antworten konnten in ein offenes Textfeld eingegeben werden. Diese offene Frage wurde von 95 der insgesamt 96 befragten Personen beantwortet, wobei das vorhandene Textfeld mehrfach ausgeschöpft wurde. Es gab also ein großes Mitteilungsbedürfnis. Dies ist auch daran ersichtlich, dass nur in wenigen Einzelfällen knappe Antworten wie „gegen AfD“ oder „Naja ist wichtig“ gegeben wurden.

Das am häufigsten, wenngleich in unterschiedlichen Formulierungen genannte Motiv war, ein Signal gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz zu setzen. Eine dieser Bekundungen lautete: „Weil ich ein Zeichen setzen möchte gegen Hass und Hetze, für Toleranz und Achtung der Menschenrechte“. Vielfach wurde auch Sorge und Angst vor dem wachsenden Rechtsextremismus, dem Erstarken der AfD usw. geäußert. Beispiel: „Weil es mir Angst macht, wie verschlossen ein Großteil der Gesellschaft ist. Ich habe gerne fröhliche offene und bunte Menschen um mich herum. Deshalb gehe ich auf die Straßen. Um Menschen zu zeigen, dass es auch anders geht.“ In mehreren Fällen kam die Befürchtung eines Rechtsrucks mit Blick auf anstehende Wahlen zum Ausdruck. Genannt wurden Bürgermeisterwahlen, die Europawahl und die im Herbst 2024 stattfindenden Landtagswahlen in

²⁵ Von den Befragten im Konstanzer Raum waren 62 Prozent bereits vor 2019 und 50 Prozent seit 2019 an mindestens einem Protest beteiligt.

²⁶ In der Gruppe von Menschen mit häufiger Demonstrationsbeteiligung („einige“ und „viele“) sind Männer mit 58,5 und Frauen mit 4,1 Prozent vertreten.

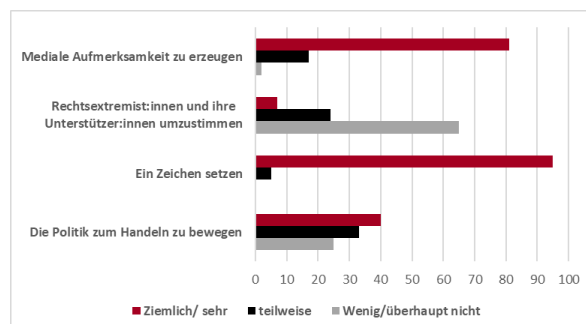
drei ostdeutschen Bundesländern.

In einzelnen Fällen werden auch persönliche Hintergründe deutlich. „Mein Vater kam als Vertragsarbeiter in die DDR, ich bin PoC [Person of Color] und meine Familie wäre direkt von Assimilationsdruck und Deportationen betroffen.“ Ein weiteres Beispiel: „Als Ausländerin und Kriegsflüchtling aus der Ukraine lebe ich jetzt in Deutschland und weiß besser als jeder andere, wie wichtig es ist, in einem neuen Land Unterstützung von anderen zu bekommen, wie wichtig es ist, zu zeigen, dass wir alle gleich sind.“ Eine Person erwähnte negative Erfahrungen in der Vergangenheit: „Ich habe bereits die Baseballschlägerjahre in den 90ern am eigenen Leib erleben müssen und setze mich immer noch und auch deswegen weiter gegen Rechtsextremismus ein.“ Eine andere Person meinte: „Um die Demokratie in Brandenburg zu stärken; um mal nach Angermünde zu kommen; um mein Deutschlandticket zu nutzen; um für meine Auftritte (Jiddische Lieder & Geschichten) zu werben.“

Für einen weiteren Teil der Befragten sind auch allgemeinere gesellschaftliche Fehlentwicklungen zentral für ihr Engagement: „Für mich ist die Verrohung der Gesellschaft ein wichtiger Faktor, gegen Hass und Hetze zu agieren. Beleidigungen gegen Einsatzkräfte, die zum Helfen anrücken, Hass auf Grund der sexuellen Orientierung, der Herkunft und der politischen Ausrichtung ...“. Vereinzelt wurde auch auf historische Erfahrungen mit Diktaturen hingewiesen: „Weil ich ein freiheitsliebender Mensch bin. Nie mehr Faschismus, nie mehr Stalinismus.“

Zusätzlich zur offenen Frage haben wir anhand vorgegebener Antwortkategorien nach den Motiven der Protestteilnahme gefragt. Aus den Antworten ergaben sich einige markante Befunde (Abbildung 6). Erstens ragte unter den als „ziemlich“ oder „sehr“ zutreffenden Motiven die Absicht „ein Zeichen zu setzen“ mit dem bei weitem höchsten Wert von 95 Prozent heraus. An zweiter Stelle stand das Motiv „mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen“ (81 Prozent). „Rechtsextremist:innen und ihre Unterstützer:innen umzustimmen“ wurde dagegen von nur 7 Prozent der Befragten als „ziemlich“ oder „sehr wichtig“ erachtet.

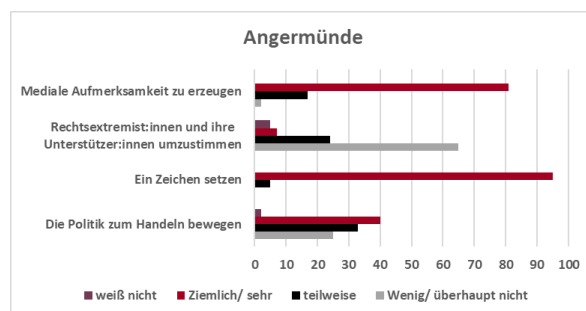
Abbildung 6: Motive zur Teilnahme an der Demonstration in Angermünde (in Prozent).

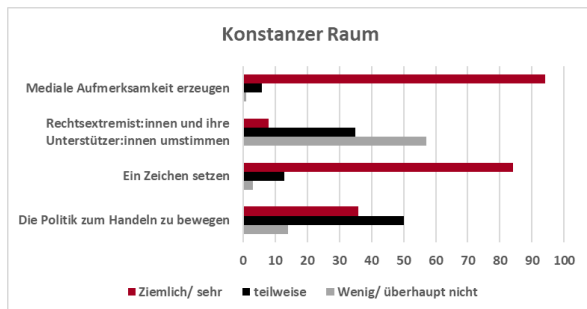


Frage: Aus welchen Motiven haben Sie an dieser Demonstration teilgenommen? Um...

Wirksamkeit von Protest gegen Rechtsextremismus: Es liegt nahe, dass Menschen, die gegen Rechtsextremismus auf die Straße gehen, dieser Handlungsform positive Effekte zuschreiben. So glaubten 40 Prozent, damit könne die Politik zum Handeln bewegt werden („ziemlich“ und „sehr zutreffend“). Weitere 33 Prozent erwarteten zumindest einen teilweisen Effekt. Relativ viele Befragte meinten zudem, dass die derzeitigen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus Menschen mobilisieren können (71 Prozent) und es möglich ist, damit mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen (81 Prozent). Den höchsten Zustimmungswert (95 Prozent) erhielt die Aussage, dass mit den Demonstrationen gelinge, „ein Zeichen zu setzen“. Dagegen war die Mehrheit skeptisch, dass es aussichtsreich sei, Rechtsextremist:innen und ihre Unterstützer:innen umzustimmen. Dies erwarteten lediglich 7 Prozent der Befragten in Angermünde (8 Prozent im Konstanzer Raum).

Abbildung 7a und 7b: Einschätzung der Wirksamkeit der Demonstrationen in Angermünde und im Konstanzer Raum (in Prozent).





Frage: Unabhängig von den Motiven stellt sich die Frage nach der Wirksamkeit. Für wie wirksam halten Sie die derzeitigen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus, um...

Kanäle der Information und Mobilisierung für die Demonstration: Bei der Frage „Wie genau haben Sie von dieser Demonstration erfahren?“ standen elf Antwortkategorien zur Wahl. Mehrfachnennungen waren möglich, sodass sich die Antworten auf über 100 Prozent addieren. Am häufigsten wurden die Kategorien „Werbung, Flyer oder Poster“ (35 Prozent) sowie „Organisation (Informationsmaterial, Meeting, Website, Mailingliste ...“ mit 30 Prozent) genannt. Radio und Fernsehen waren hingegen unbedeutend. Nicht ganz unwichtig waren wiederum Zeitungen (gedruckt oder online) mit 18 Prozent. Noch höher lag der Anteil von Social Media mit 27 Prozent, die in der Fachliteratur und der Presse oftmals als das zentrale Mittel der Protestmobilisierung angesehen werden. Diese Bedeutung von Social Media wird allerdings relativiert, wenn die Kategorien zusammengefasst werden, die persönliche Kontakte beinhalten: Der oder die eigene Partner:in, Familienangehörige, Freund:innen, Bekannte, Mitschüler:innen und andere Mitglieder von Vereinen oder Initiativen wurden zusammengenommen von 77 Prozent der Befragten angegeben. Dieser hohe Wert mag Ausdruck der Mobilisierungsstruktur in einer Kleinstadt sein, in der das

Alltagsleben viel stärker über direkte und persönliche Kanäle organisiert wird als in den eher medienbasierten Kontakten einer Mittel- oder gar Großstadt.

Protestbeteiligung ist häufig die Folge sozialer Interaktionen, in denen andere Menschen nach dem Vorhaben fragen, dazu ermuntern oder der Entschluss getroffen wird, gemeinsam mit Personen aus dem eigenen Umfeld zu protestieren. Die Frage, ob man von anderen Menschen zur Protestbeteiligung angeregt wurde, verneinten 55 Prozent. In der verbleibenden Gruppe war die Kategorie „Freund:innen“ mit 19 Prozent am stärksten vertreten. Nur ein kleiner Teil der Befragten (10 Prozent) war ohne jede Begleitung zur Demonstration erschienen. Die übrigen Demonstrierenden hatten überwiegend mit Partner:in (48 Prozent), Freund:innen (41 Prozent), Familienangehörigen (32 Prozent) und/oder Bekannten (29 Prozent) am Protest teilgenommen. Sofern also andere Menschen zur Protestbeteiligung animiert hatten oder als Begleiter:innen an der Demonstration anwesend waren, kamen sie vorrangig aus sozialen Kreisen, die auf selbst gewählten Sozialkontakten (Partnerschaft und Freundschaft) beruhen.²⁷

Von den Befragten in Angermünde hatte sich knapp ein Viertel in einer der dem Protestbündnis zugehörigen Organisationen (im Konstanzer Raum 13 Prozent) engagiert. Dabei ergab sich keine Konzentration auf wenige und zentrale Organisationen, sondern vielmehr eine erstaunlich breite Streuung.²⁸

Einschätzungen und Aussagen zum Rechtsextremismus und zur AfD

Präsenz von und Begegnung mit rechtsextremen Akteuren: In Angermünde, einer Kleinstadt in

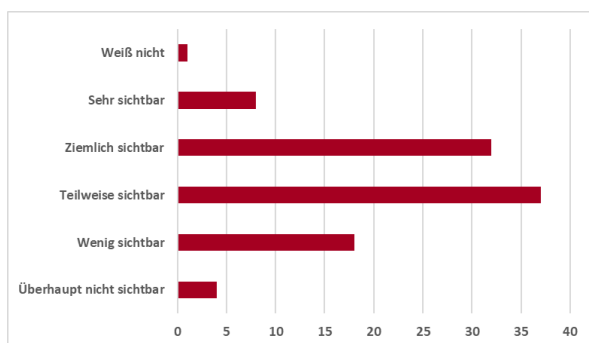
²⁷ Die bedeutende Rolle der Kategorie „Mitschüler:innen, Kommiliton:innen und Arbeitskolleg:innen im Konstanzer Raum (36 Prozent) im Vergleich zu Angermünde (4 Prozent) dürfte vor allem auf den hohen Anteil Studierender und die stärkere Präsenz von Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben im Konstanzer Raum zurückgehen.

²⁸ Das lokale Bürgerbündnis erhielt vier Nennungen, Seebrücke und die Partei Die Linke jeweils drei

Nennungen, die Partei Bündnis90/Die Grünen, Omas gegen Rechts, Campact und die Johanniter jeweils zwei Nennungen. Alle übrigen Organisationen wurden nur jeweils einmal genannt, angefangen vom Allgemeinen Deutschen Fahrradclub Uckermark über eine Musikschule, den Kirchenkreis, den Kinder- und Jugendbeirat bis hin zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

einem ostdeutschen Bundesland, ist von einer relativ starken Stellung der extremen Rechten im Vergleich zu größeren Städten und besonders zu linksliberal geprägten Universitätsstädten in Westdeutschland auszugehen. Die bestätigen die Antworten auf die Frage nach der Sichtbarkeit extrem rechter Akteur:innen am eigenen Wohnort. Knapp 80 Prozent der Demonstrierenden in Angermünde nahmen Rechtsextreme vor Ort wahr, wobei mit 37 Prozent die Antwortkategorie einer teilweisen Sichtbarkeit am häufigsten vertreten war. Die Kategorie „ziemlich sichtbar“ wählten 32 Prozent der Befragten, die Kategorie „sehr sichtbar“ immerhin 8 Prozent der Befragten. Diese Antworten zeugen damit von einer starken Sichtbarkeit der extremen Rechten, bestätigen aber nicht, im Unterschied zu einigen Orten vor allem in südlichen Teilen Ostdeutschlands, die Wahrnehmung, dass die radikalen Rechten in Angermünde eine hegemoniale Position einnehmen würden.

Abbildung 8: Einschätzung der Demonstrierenden in Angermünde zur lokalen Präsenz rechtsextremer Akteure (in Prozent).



Frage: In manchen Gegenden sind rechtsextrem auftretende Akteure öffentlich sehr sichtbar. Wie sichtbar sind diese an Ihrem Wohnort?

Nur ein Viertel der Befragten hat angegeben, keine rechtsextremen Aussagen wahrgenommen zu haben. Am häufigsten begegneten den Befragten rechtsextremen Äußerungen im Freundes- und Bekanntenkreis (37 Prozent), auf der Arbeit (25 Prozent) und im familiären Umfeld (19 Prozent). Nur jeweils 5 bzw. 4 Prozent gaben an, im Bildungsbereich (Schule/Universität) bzw. in Organisationen der Zivilgesellschaft, in denen sich die Befragten engagieren, mit Rechtsextremismus konfrontiert worden zu sein.

Die Frage „Gibt es in Ihrem sozialen Umfeld

Menschen, von denen Sie wissen, dass sie die AfD wählen oder unterstützen?“, verneinten 29 Prozent der Demonstrierenden in Angermünde (Konstanzer Raum 48 Prozent). Bei denen, die die Frage bejahten, spielt der Bekanntenkreis mit 39 Prozent die wichtigste Rolle, gefolgt von Familienangehörigen (10 Prozent) und Freund:innen (7 Prozent). Auffällig hoch war mit 22 Prozent der Anteil der Befragten, die die Antwort „weiß nicht“ gegeben haben.

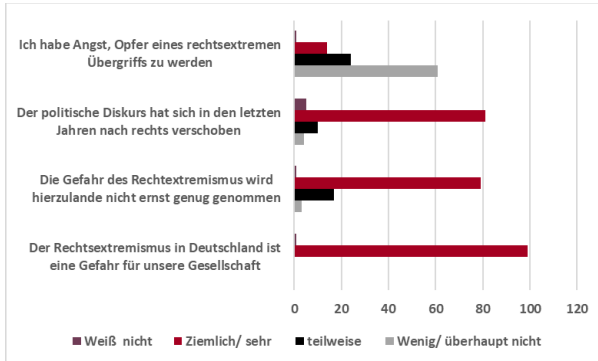
Die nachfolgende Frage, ob es in der Begegnung mit Wähler:innen oder Unterstützer:innen der AfD zu Konflikten kam, wurde von einem Drittel nicht beantwortet. Rund ein Drittel erlebte keine Konflikte. Der verbleibende Teil war mit Konflikten konfrontiert. Hierbei berichteten 20 Personen von einem „zeitweise verschlechtertem Verhältnis“, 11 von einem „dauerhaft verschlechtertem Verhältnis“ und 7 von einem „Kontaktabbruch“ (bei diesen Antworten war eine Mehrfachnennung zugelassen).

Knapp drei Viertel (75 Prozent) verneinten die Frage, ob „sie selbst bereits zum Opfer rechtsextremer Anfeindungen geworden“ sind. Die übrigen Befragten nannten als Formen der Anfeindungen „verbale Aggressionen/Beschimpfungen (inkl. Emails, Social Media)“ (24 Prozent), „Drohung mit körperlicher Gewalt“ (7 Prozent) und „körperliche Gewalt“ (5 Prozent). Hinzu kommen noch rund 4 Prozent in der Sammelkategorie der „sonstigen“ Anfeindungen (Mehrfachnennungen waren erneut möglich). Diese wurden in einer offenen Antwortkategorie durch Hinweise wie „Auto zerkratzt“ oder „subtil auf Arbeit“ spezifiziert.

Beurteilung des Rechtsextremismus und AfD und Einschätzung von Gegenmaßnahmen: Erwartungsgemäß lösten der Rechtsextremismus im Allgemeinen und die AfD im Besonderen bei den Befragten große Besorgnis aus. Der Aussage „Der Rechtsextremismus in Deutschland ist eine Gefahr für unsere Gesellschaft“ wurde fast ausnahmslos zugestimmt (ziemlich und sehr: 99 Prozent). Ein Großteil der Befragten glaubte zudem, dass die Gefahr des Rechtsextremismus hierzulande nicht ernst genug genommen werde (ziemlich und sehr: 79 Prozent) und sich „der politische Diskurs nach rechts verschoben“ habe (ziemlich und sehr: 81 Prozent). Immerhin 14 Prozent

bekundeten ihre Angst, „Opfer eines rechtsextremen Übergriffs zu werden“, was mit den obigen Zahlen zur Verwicklung in konkrete Konflikte korrespondiert.

Abbildung 9: Einstellungen der Demonstrierenden in Angermünde zum Rechtsextremismus (in Prozent).

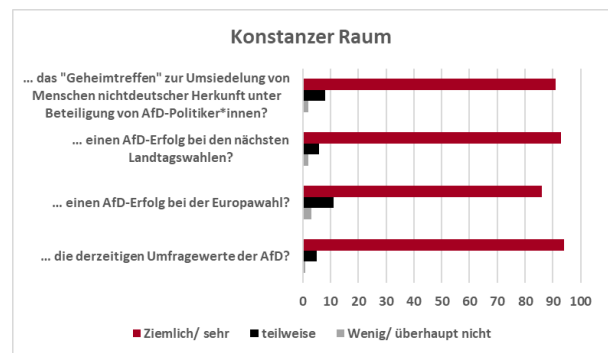
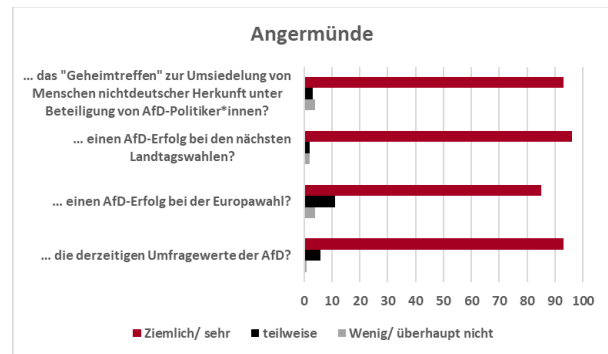


Frage: Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu Rechtsextremismus in Deutschland zu?

Ähnlich kritisch und besorgt fielen die Einschätzungen im Hinblick auf die AfD aus. Auch sie wurde als Gefahr für die Demokratie (97 Prozent „ziemlich“ oder „sehr“) und als extremistisch angesehen (ebenfalls 97 Prozent „ziemlich“ oder „sehr“). Geteilter waren die Meinungen darüber, ob „zu viel über die AfD berichtet“ wird. 15 Prozent verneinten dies entschieden („überhaupt nicht“), wohingegen 24 Prozent es bejahten.

Sorgen bezüglich der AfD: Aus diesen generellen Einschätzungen der AfD erwachsen Sorgen, die sich auf die Umfragewerte der Partei (93 Prozent „ziemlich“ und „sehr“), mögliche Erfolge bei der anstehenden Europawahl (85 Prozent „ziemlich“ und „sehr“) und den nächsten Landtagswahlen (96 Prozent „ziemlich“ und „sehr“) sowie auf das „Geheimtreffen“ zur Debatte von „Remigrationsplänen“ beziehen (93 Prozent „ziemlich“, und „sehr“). Ähnliche Einschätzungen ergaben sich auch bei den Protestbefragungen im Konstanzer Raum. Diese Werte spiegeln durchgängig ein hohes Maß an Besorgnis hinsichtlich eines Bedeutungsgewinns der AfD.

Abbildung 10: Sorgen bezüglich der AfD unter Demonstrierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum (in Prozent).

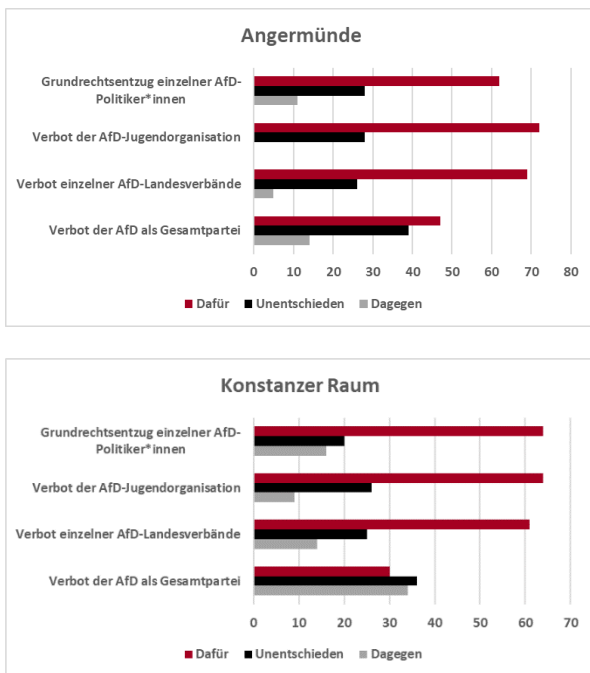


Frage: Wie besorgt sind Sie über...

Maßnahmen gegen die AfD: In der politischen Debatte über den rechtlichen Umgang mit der AfD werden verschiedene Maßnahmen diskutiert, zu denen die Befragten um Stellung gebeten wurden. Am geringsten war die Befürwortung eines Verbots der AfD als Gesamtpartei. Die Zustimmung hierzu betrug 47 Prozent, die Ablehnung 14 Prozent. Der Rest war unentschieden. Höhere Zustimmungswerte ergaben sich hinsichtlich des Grundrechtsentzugs für einzelne AfD-Politiker:innen (62 Prozent), des Verbots einzelner Landesverbände der Partei (69 Prozent) und des Verbots der AfD-Jugendorganisation (72 Prozent). Letztere ist in jüngster Zeit mit besonders radikalen Positionen aufgetreten. Vermutlich deshalb, aber auch aufgrund ihrer leichteren juristischen Durchsetzbarkeit fand das Verbot der AfD-Jugendorganisation die höchste Zustimmung unter den genannten Maßnahmen. Etwas abweichend davon, aber nicht gegenteilig waren die Werte, die bei den Demonstrierenden im Raum Konstanz ermittelt wurden. Hier fand das Verbot der Gesamtpartei AfD mit 30 Prozent eine noch geringere Zustimmung als in Angermünde. Deutlich höher war dagegen die Zustimmung zu den drei

anderen Verbotsoptionen mit Werten von 61 Prozent (Verbot einzelner Landesverbände der AfD) und je 64 Prozent (Verbot der AfD-Jugendorganisation und Grundrechtsentzug für einzelne AfD-Politiker:innen).

Abbildung 11: Unterstützung von Maßnahmen gegen AfD unter Demonstrierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum (in Prozent).

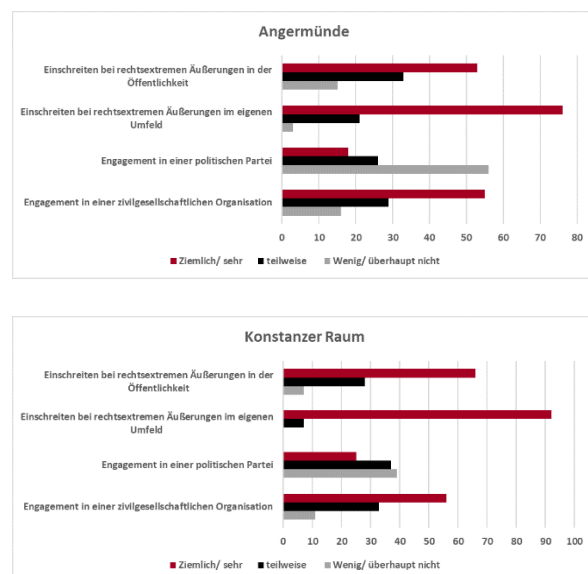


Frage: Derzeit werden verschiedene rechtliche Maßnahmen gegen die AfD diskutiert. Wie stehen Sie persönlich zu den folgenden Vorschlägen?

Auf relativ große Ablehnung stößt die Frage, ob Unterstützer:innen der AfD ausgegrenzt werden sollten. Daran zweifelten 52 Prozent der Befragten (die Kategorien „überhaupt nicht“ und „weniger“ zusammengefasst). Lediglich 11 Prozent befürworteten eine Ausgrenzung und rund 36 Prozent sprachen sich für eine teilweise Ausgrenzung aus. Deutlich andere Verteilungen ergaben sich bei der Frage, ob man das Gespräch mit Unterstützer:innen der AfD suchen sollte. Dies bejahten 53 Prozent der Befragten, während 12 Prozent diesen Weg eher oder ganz ablehnten. Bei aller grundsätzlichen Zurückweisung von inhaltlichen Positionen der AfD wandte sich doch eine klare Mehrheit der Befragten gegen eine Ausgrenzung der Unterstützer:innen dieser Partei und befürwortete stattdessen die Suche nach dem Gespräch.

Bereitschaft zum persönlichen Engagement: Bei der Frage nach der Bereitschaft zum persönlichen Engagement gegen Rechtsextremismus ergab sich ein differenziertes Bild hinsichtlich einzelner Handlungsoptionen. Je knapp 90 Prozent der Befragten erklärten sich bereit, eine Petition gegen Rechtsextremismus zu unterzeichnen oder Unternehmen zu boykottieren, deren Inhaber:innen rechtsextremen Akteur:innen nahestehen. Geringer war die Bereitschaft, gegen rechtsextreme Äußerungen im eigenen Umfeld einzuschreiten (76 Prozent), sich in einer zivilgesellschaftlichen Organisation zu engagieren (55 Prozent) oder bei rechtsextremen Äußerungen in der Öffentlichkeit (53 Prozent) einzuschreiten. Die Möglichkeit, sich in einer politischen Partei zu engagieren, zogen lediglich 18 Prozent in Erwägung – im Raum Konstanz lag der entsprechende Wert bei 25 Prozent. Generell gilt es zu beachten, dass die hypothetische Handlungsbereitschaft meist weit hinter der tatsächlichen Aktivität bleibt.

Abbildung 12: Bereitschaft zum Engagement gegen Rechtsextremismus unter den Demonstrierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum (in Prozent).

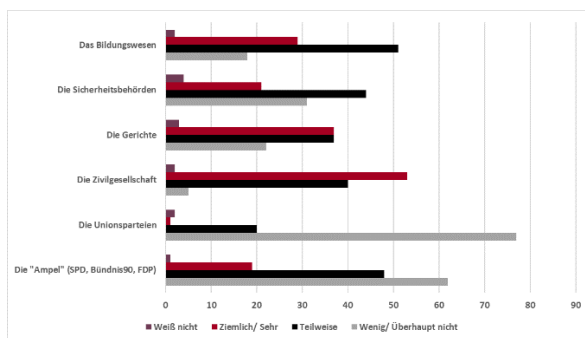


Frage: Inwiefern wären Sie bereit, sich auf folgende Weise gegen Rechtsextremismus zu engagieren?

Bei der Frage nach dem Vertrauen in die Lösungskompetenz politischer und institutioneller Akteure schnitten die Unionsparteien mit einem Wert von 77 Prozent (Vertrauenswerte „überhaupt nicht“ und „wenig“ zusammengefasst) erheblich schlechter ab als die „Ampelregierung“

mit 32 Prozent. Auch die Sicherheitsbehörden wurden skeptisch beurteilt (31 Prozent), während die Lösungsfähigkeit der Gerichte (22 Prozent) und des Bildungswesens (18 Prozent) weniger negativ eingestuft wurde. Eine auffällige Sonderstellung nimmt die Zivilgesellschaft ein. Keiner der Befragten sprach ihr jegliche Lösungsfähigkeit ab („überhaupt nicht“) und nur 5 Prozent wählten hier die Antwort „wenig“. Entsprechend hoch war die positive Einstufung mit zusammengenommen 78 Prozent („ziemlich“ und „sehr“).

Abbildung 13: Wahrgenommene Problemlösungskompetenz von Akteuren und Institutionen der Demonstrierenden in Angermünde.



Frage: Wie sehr glauben Sie an die Fähigkeit der folgenden Akteure, das Problem des Rechtsextremismus in den Griff zu bekommen?

Mit Blick auf die Parteien wurde die größte Verantwortung für den Erfolg der AfD den Unionsparteien (51 Prozent: ziemlich und sehr) zugesprochen. Es folgten die FDP (35 Prozent) und mit deutlichem Abstand Die Linke (10 Prozent), SPD (9 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (7 Prozent). Die Verantwortung traditioneller Medien (z.B. Fernsehen, Zeitung) wurde von 31 Prozent der Befragten bejaht – ein Wert, der weit unter dem von Social Media (z.B. Twitter, Instagram, TikTok) mit 82 Prozent liegt. Diese Wahrnehmung einer großen Verantwortung der Social Media ist vermutlich gefördert worden durch eine Reihe von Presseberichten im Frühjahr 2024, in denen die intensive und erfolgreiche Nutzung von Social-Media-Kanälen (insbesondere TikTok) durch die AfD hervorgehoben wurde.

Neben der wahrgenommenen Verantwortung bestimmter Akteur:innen für den Erfolg der AfD haben wir auch nach politischen und gesellschaftlichen Umständen gefragt, die diesen Erfolg mit herbeigeführt haben. Werden die Zustimmungswerte „ziemlich“ und „sehr“ zusammengefasst,

so erhielt „die Flüchtlingssituation“ (60 Prozent) die häufigste Zustimmung, gefolgt von der „Inflation“ (52 Prozent) und den „Nachwirkungen der COVID-19 Pandemie“ (47 Prozent). „Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine“ (39 Prozent) wurde als weniger bedeutsamer Faktor eingeschätzt.

Fazit und Ausblick

Die vorliegende Studie bietet erstmalig empirische Erkenntnisse zu den Protesten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in einer ostdeutschen Kleinstadt. Die Studie ergänzt die Befunde zum Konstanzer Raum und erlaubt erste Vergleiche zwischen Demonstrationen innerhalb eines thematisch einheitlichen Protestzyklus mit stark kontrastierenden sozio-strukturellen regionalen Kontexten.

Dieser Vergleich zeigt einige Parallelen, aber auch Unterschiede. Das soziodemografische Profil der Protestierenden entspricht in Angermünde ebenso wie im Konstanzer Raum nicht dem der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Formal hoch gebildete Personen waren sehr deutlich überrepräsentiert. Die geringen Unterschiede in Bezug auf das formale Bildungsniveau der Protestierenden in Angermünde und im Konstanzer Raum bestätigen bisherige Befragungsergebnisse, die zeigen, dass sich insbesondere besser gebildete Menschen für Demonstrationen mobilisieren lassen. Unsere Studie ist ein Indiz dafür, dass dies auch für kleine und periphere Städte zutrifft. Dennoch zeigen sich Differenzen zwischen den Ergebnissen in Angermünde und im Konstanzer Raum. Insgesamt verorteten sich die Befragten in Angermünde etwas häufiger in den unteren Schichtkategorien. Dieser Befund hängt möglicherweise mit dem kleinstädtischen Charakter Angermündes und dessen ostdeutscher Prägung zusammen. Ebenso dokumentieren unsere Daten einen deutlich geringeren Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bei der Demonstration in Angermünde im Vergleich zum Konstanzer Raum.

Starke Ähnlichkeiten zwischen den Protesten zeigen sich dagegen in Bezug auf die politische Orientierung. Abweichend von der Gesamtbevölkerung in Deutschland verorteten sich die Befragten in beiden lokalen Kontexten fast ausnahmslos

im linken Bereich der Links/Rechts-Skala und hatten bei der Bundestagswahl 2021 überwiegend Parteien des linken und mitte-linken Spektrums gewählt.

Unterschiede zwischen den Städten bestehen allerdings hinsichtlich der Verteilung der Informationskanäle, die für die Teilnahme an der Demonstration relevant waren. Direkte und persönliche Kontakte spielten in Angermünde eine weit aus größere Rolle als im Konstanzer Raum. Dies mag Ausdruck der Mobilisierungsstruktur in einer Kleinstadt sein, in der das Alltagsleben viel stärker über direkte und persönliche Kanäle organisiert wird als in den eher medienbasierten Kontakten in einer Mittel- oder gar Großstadt. Außerdem war in Angermünde im Vergleich zum Konstanzer Raum ein deutlich größerer Anteil der Befragten in einer der dem lokalen Protestbündnis zugehörigen Organisationen engagiert. Dieser Befund könnte vor dem Hintergrund der kleinen Zahl an Protestierenden in Angermünde ein Ausdruck dessen sein, dass die Organisatoren es nicht geschafft haben, über ihre Netzwerke hinaus zu mobilisieren. Erwartungsgemäß haben die Protestierenden in Angermünde in einem höheren Maße in ihrem Umfeld rechtsextreme Akteure und AfD-Unterstützer:innen wahrgenommen als die Protestierenden im Konstanzer Raum.

Dieser kursorische Vergleich unserer Befunde zu Angermünde mit denen der Konstanzer Befragung verweist auf einige graduelle Unterschiede, aber zeitigt hinsichtlich der soziostrukturellen Zusammensetzung der Protestierenden sehr ähnliche Ergebnisse. Inwiefern unsere Befunde zu den Demonstrierenden in Angermünde denen an anderen Orten, so beispielsweise in Großstädten, entsprechen, wird sich in weiteren Befragungen eines größeren Kreises von Forschenden im

Rahmen des Instituts für Protest und Bewegungsforschung zeigen.

Eine für die Forschung wie für politische Auseinandersetzungen zentrale Frage lautet, welche Konsequenzen sich aus der bisherigen wie auch den anstehenden Protestmobilisierungen im Vorfeld der drei Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ergeben werden. Das Angermünder Beispiel macht deutlich, dass lokaler prodemokratischer Protest nicht per se den Aufstieg von teilweise rechtsextremen Kräften wie der AfD zu verhindern vermag. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung im Juni 2024, die kurz nach der von uns untersuchten Demonstration stattfanden, erwies sich die erstmals angetretene AfD als die mit Abstand erfolgreichste Partei. Sie erhielt 25,5 Prozent der Stimmen und damit sechs Sitze in der Stadtverordnetenversammlung.²⁹ Die AfD hat die SPD als populärste Partei in Angermünde abgelöst.³⁰ Ob der Wahlerfolg ohne die Mobilisierungen noch größer ausgefallen wäre, bleibt offen. Nach unserem Eindruck hat die im Januar 2024 einsetzende Protestwelle auch in Angermünde das Selbstbewusstsein und den Zusammenhalt prodemokratischer Gruppen und Organisationen gestärkt. Von vielen Seiten, so auch von Vertreter:innen der etablierten Politik und den Leitmedien, wurden die Demonstrationen wohlwollend begleitet. Ob diese Aktionen auch unzufriedene Menschen mit einer latenten Neigung zum Rechtsextremismus nachdenklich gestimmt haben, bleibt offen. Es ist durchaus möglich, dass die Proteste ungewollt zum engeren Zusammenrücken des rechtsextremistischen Lagers beitragen, das politische Klima anheizen und einer fortschreitenden gesamtgesellschaftlichen Polarisierung den Weg bereiten.

²⁹ Gefolgt von SPD (15,6 Prozent), CDU (12,6 Prozent) und Die Linke (11,7 Prozent) mit jeweils drei Sitzen. Bündnis 90/Die Grünen erhielt lediglich 4,3 Prozent der Stimmen und damit einen Sitz.

³⁰ Erstmals stellte die AfD auch einen Kandidaten für die Bürgermeisterwahl in Angermünde. Der Bewerber landete allerdings auf Platz 3 mit 17,8 Prozent der Stimmen. In der Stichwahl wurde schließlich die Einzelkandidatin Ute Ehrhardt gewählt.

Bibliographie

- Andretta, Massimiliano/della Porta, Donatella (2014). Surveying protesters: Why and How. In: Donatella della Porta (Hg.). *Methodological Practices in Social Movement Research*. Oxford, Oxford University Press, 308–334.
- Bitschnau, Marc/Koos, Sebastian (2024). Die schweigende Mehrheit auf der Straße? Ergebnisse einer Befragung von Teilnehmer:innen an den Protesten gegen Rechts- extremismus. Cluster of Excellence "The Politics of Inequality" - Policy Paper 15.
- Daphi, Priska/Kocyba, Piotr/Neuber, Michael/Roose, Jochen/Rucht, Dieter/Scholl, Franziska/Sommer, Moritz/Stuppert, Wolfgang/Zajak, Sabrina (2015). *Protestforschung am Limit. Eine soziologische Annäherung an Pegida*. Berlin, Institut für Protest- und Bewegungsforschung.
- Hensel, Alexander/Jasser, Greta (2024). Weckruf für die wehrhafte Demokratie? Zu den Massenprotesten gegen den 'Masterplan' zur 'Remigration', Rechtsextremismus und die AfD. In: *Demokratie-Dialog* 14, 60–69.
- Rucht, Dieter (2024). Für Demokratie - Für Demokratie - gegen Rechtsextremismus. Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle. *ipb Working Papers* 1/2024.
- Sommer, Moritz/Steinilper, Elias/Zajak, Sabrina (2021). Wer protestiert? Das Profil von Protestierenden in Deutschland im Wandel. In: Martin Langebach (Hg.). *Protest: Deutschland 1949-2020*. Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung, 44–63.
- Teune, Simon/Ullrich, Peter (2015). *Demonstrationsbefragungen. Grenzen und Potenziale einer Forschungsmethode*. Berlin, Institut für Protest- und Bewegungsforschung.
- Walgrave, Stefaan/Verhulst, Joris (2011). Selection and Response Bias in Protest Surveys. In: *Mobilization: An International Quarterly* 16 (2), 203–222.
- Walgrave, Stefaan/Wouters, Ruud/Ketelaars, Pauline (2016). Response Problems in the Protest Survey Design: Evidence from Fifty-One Protest Events in Seven Countries. In: *Mobilization: An International Quarterly* 21 (1), 83–104.

Zuletzt sind die folgenden ipb working paper erschienen:



ipb

1 2024
ipb working paper
ISSN 2747-5700

Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus

Autor: Dieter Rucht

Veröffentlicht: März 2024 (1/2024)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus/>

ipb working papers



ipb

2 2023
ipb working paper
ISSN 2747-5700

„Stoppt die Kriege – Abrüstung und Deeskalation jetzt!“

Autor*innen: Larissa Meier, Priska Daphi, Sebastian Haunss

Veröffentlicht: April 2023 (2/2023)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/stoppt-die-kriege-abruistung-unddeeskalation-jetzt-eine-befragung-des-ostermarschs-in-bielefeld-2022/>

ipb working papers



ipb

1 2023
ipb working paper
ISSN 2747-5700

Die Letzte Generation: Beschreibung und Kritik

Autor: Dieter Rucht

Veröffentlicht: April 2023 (1/2023)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/die-letzte-generation-beschreibung-und-kritik/>

ipb working papers

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>